




Der Ansturm ist nur gefühlt

Immobilienmarkt. Ausländische Investoren treiben die Immobilienpreise in die Höhe, sodass sich viele Bundesbürger das Wohnen in bestimmten Regionen bald nicht mehr leisten können und Deutschland auf eine Immobilienblase zusteuert – ungefähr so skizzieren manche die Zukunft. Eine neue IW-Studie zeigt, dass diese Ängste unbegründet sind. 

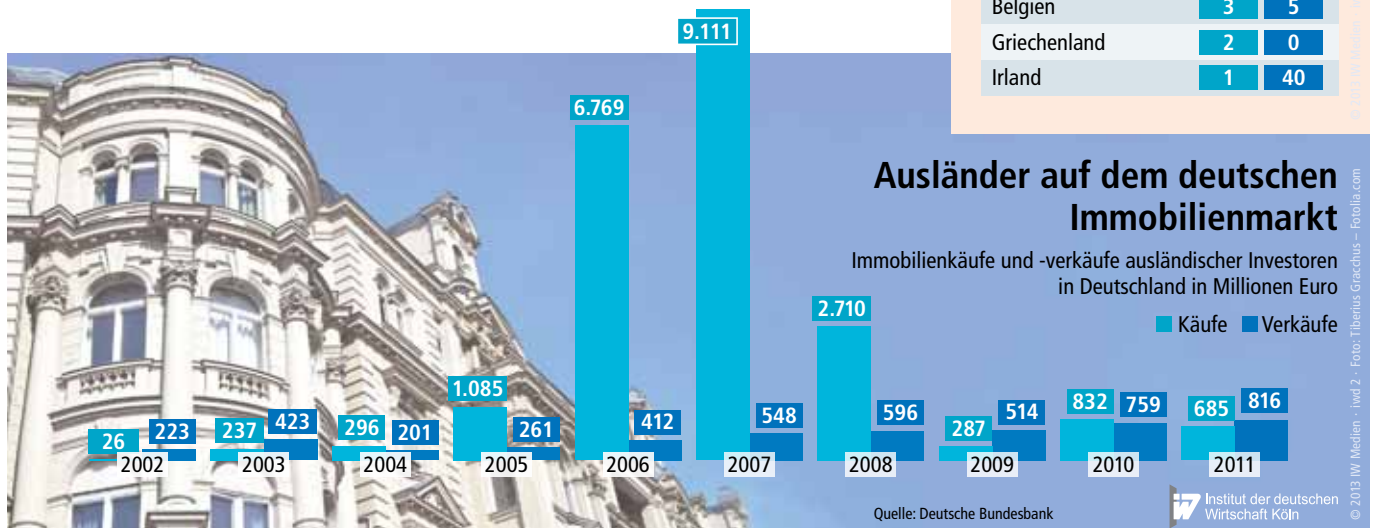
Die meisten kennen Nicolas Berggruen als Käufer des Warenhauskonzerns Karstadt. Doch der deutsch-amerikanische Finanzinvestor interessiert sich auch für schmutzige Immobilien: Die Nicolas Berggruen Holdings GmbH ist Eigentümerin von mehr als 100 Gebäuden in Berlin und Potsdam.

Die Hauptstadt erlebt derzeit einen regelrechten Immobilien-Hype – nicht zuletzt angefangen durch ausländische Investoren, die optimistischen Schätzungen zufolge im Jahr 2011 etwa ein Drittel aller Immobilienkäufe getätigt haben sollen. In den vergangenen Monaten ist mehrfach über Investoren aus den →

Nachbarn dominieren

Herkunftsland der ausländischen Investoren auf dem deutschen Immobilienmarkt

	2011	
	Käufe	Verkäufe
Luxemburg	242	114
Niederlande	126	208
Österreich	63	49
Russland	50	2
Italien	34	17
Schweiz	28	36
Frankreich	18	21
Vereinigtes Königreich	17	103
China	14	0
Dänemark	7	66
Spanien	7	26
Zypern	7	0
Israel	5	5
Arabische Golfstaaten	4	0
USA	3	83
Belgien	3	5
Griechenland	2	0
Irland	1	40



Ausländer auf dem deutschen Immobilienmarkt

Immobilienkäufe und -verkäufe ausländischer Investoren in Deutschland in Millionen Euro

■ Käufe ■ Verkäufe

Inhalt

Europäische Union. Der gemeinsame Binnenmarkt der EU wird 20 Jahre alt. Komplette ist er allerdings noch nicht. Das zeigt die lange Liste der Vertragsverletzungsverfahren.
Seite 3

Klimawandel. Bereits heute sind deutsche Unternehmen von den negativen Folgen der Klimaveränderung betroffen. Firmen müssen nötige Kapazitäten bereitstellen.
Seite 4-5

Gesundheitswirtschaft. Durch den demografischen Wandel steigen die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung. Doch in der Gesundheitswirtschaft entstehen auch neue Jobs.
Seite 6-7

Arbeitsmarkt. Der Bedarf an Arbeitskräften wird steigen. Um alle Potenziale auszuschöpfen, sollten Unternehmen daher auch auf Arbeitskräfte mit Handicap setzen.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Krisenländern Spanien, Italien und Griechenland berichtet worden, die sich den Zuschlag für Wohnungen in den Szenevierteln Berlins dadurch sichern, dass sie die Kaufsumme bereits beim Besichtigungstermin bar auf den Tisch legen.

Droht Deutschland also eine Immobilienblase? Und tragen ausländische Anleger zur Überhitzung des heimischen Immobilienmarktes bei? Diese These lässt sich bei genauerer Betrachtung nicht bestätigen, denn auf die gesamte Bundesrepublik bezogen haben ausländische Anleger nur eine geringe Bedeutung:

Weniger als 1 Prozent aller Immobilientransaktionen entfielen 2011 auf Investoren aus dem Ausland.

Hinzu kommt, dass auch das Geschäft mit Immobilien keine Einbahnstraße ist (Grafik Seite 1): Im Jahr 2011 erwarben ausländische Anleger in Deutschland Immobilien im Wert von 685 Millionen Euro, wobei der größte Zufluss aus Luxemburg stammte, wo viele Fonds ansässig sind. Umgekehrt trennten sich ausländische Investoren im selben Zeitraum aber auch von Grundbesitz im Wert von 816 Millionen Euro.

Mit diesem Kaufverhalten bewegen sich die ausländischen Immobilienerwerber auf einem Niveau, das

weit entfernt ist von dem der Boomjahre 2005 bis 2008. Damals haben vor allem Beteiligungsgesellschaften aus dem Ausland im großen Stil Immobilien in Deutschland gekauft – angelockt durch niedrige Zinsen und die Erwartung, dass die Immobilienpreise bald anziehen würden.

Insgesamt betrug der Wert des ausländischen Immobilieneigentums in Deutschland 2011 knapp 24 Milliarden Euro.

Verglichen mit dem Immobilienvermögen, das Deutsche im Ausland besitzen, ist das eher bescheiden:

Das deutsche Immobilienvermögen im Ausland belief sich Ende 2011 auf 147 Milliarden Euro.

Das meiste Geld – 744 Millionen Euro – legten die Deutschen 2011 im Vereinigten Königreich an, an zweiter Stelle lagen die Niederlande (446 Millionen Euro). Für die meisten Investoren ist die örtliche Nähe also ein entscheidendes Kaufmotiv.

Der Blick auf das vergangene Jahrzehnt zeigt überdies, dass heimische Investoren meist deutlich mehr Immobilien im Ausland gekauft als verkauft haben – mit einer Ausnahme (Grafik):

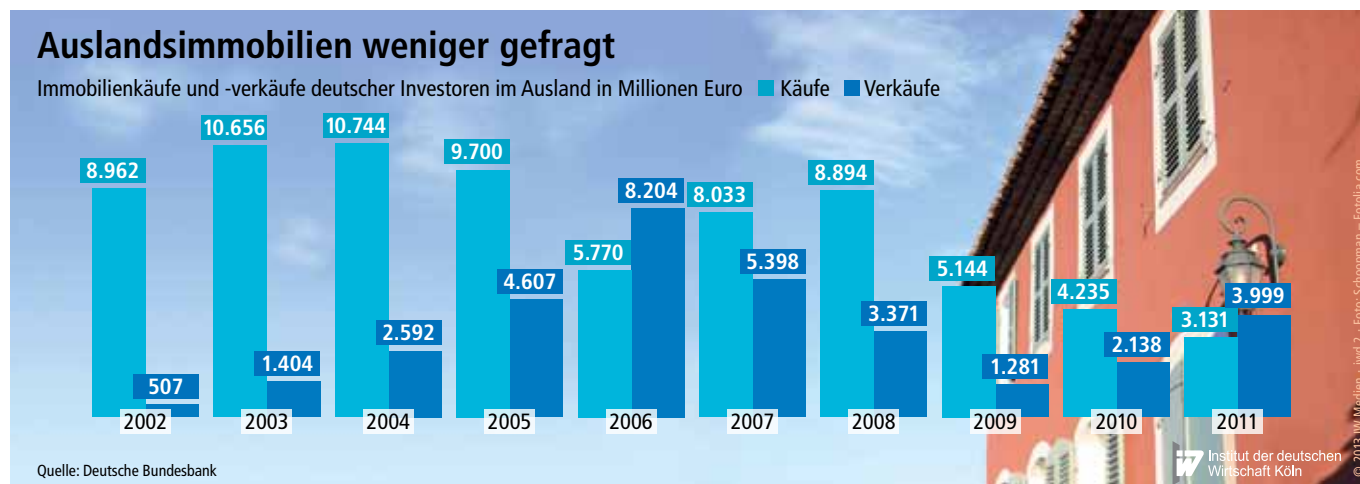
Allein 2006 verkauften deutsche Anleger Auslandsimmobilien für rund 8,2 Milliarden Euro.

Ein Jahr später brach die Finanzmarktkrise aus. Ob nun bewusst oder unbewusst: In jedem Fall ist es einer Reihe von deutschen Anlegern gelungen, zur richtigen Zeit in Immobilien im Ausland zu investieren – und rechtzeitig zu verkaufen.

Dass die ausländischen Immobilieninvestoren in Deutschland in absehbarer Zeit ähnlich viel anlegen wie Deutsche im Ausland, ist derzeit eher unwahrscheinlich. Zwar dürfte das Engagement internationaler Immobilienkäufer auf dem deutschen Markt 2013 steigen. Doch die hohen Nebenkosten, die in Deutschland beim Immobilienerwerb fällig sind – vor allem die zuletzt deutlich erhöhte Grunderwerbssteuer, – sowie das grundsätzlich vorsichtiger Agieren der Investoren und Finanzierer dürften verhindern, dass es nochmals zu einem Run aus dem Ausland auf deutsche Immobilien kommt wie Mitte des vergangenen Jahrzehnts.

Information aus IW-Trends 4/2012

Matthias Schmitz, Michael Voigtländer:
Grenzüberschreitende Immobilien-Transaktionen – Umfang, Trends und Determinanten
www.iwkoeln.de/trends



Der Unvollendete

Europäische Union. Der gemeinsame Binnenmarkt der Europäischen Union feiert seinen 20. Geburtstag. Dass er immer noch nicht komplett ist, zeigt die lange Liste der Vertragsverletzungsverfahren.

Reisen ohne Grenzkontrollen, französischer Käse im deutschen Supermarkt, italienische Pizza in Berlin, eine Geldanlage in Schweden oder ein Job in Irland – der Binnenmarkt der Europäischen Union (EU) hat vieles erleichtert und möglich gemacht. Im gemeinsamen Markt der 27 EU-Staaten, dem sich auch Norwegen, Island und Liechtenstein angeschlossen haben, können sich Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei bewegen, so zumindest der Anspruch.

Am 31. Dezember 1992 wurde der europäische Binnenmarkt offiziell vollendet. Zur Vorbereitung haben die EU-Organe etwa 280 Rechtsakte erlassen, um Grenzkontrollen sowie technische und steuerliche Schranken zwischen den Mitgliedsstaaten zu beseitigen.

Europa ohne Grenzen war ein wichtiger Schritt für die ökonomische Integration der Mitgliedsstaaten:

Seit 1999 ist der Anteil des grenzüberschreitenden Warenhandels zwischen den 27 Mitgliedern von 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf knapp 22 Prozent im Jahr 2011 gestiegen.

Trotz aller Erfolge – perfekt ist der Binnenmarkt nicht. Ein Bericht der Europäischen Kommission zeigt, dass die Integration insbesondere bei Dienstleistungen noch niedriger aus-

EU-Recht: Viele Verstöße

Wenn ein Mitgliedsstaat gegen seine Verpflichtungen aus dem EU-Recht verstößt, kann die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. So viele Verfahren waren Ende 2011 noch offen

Italien	135	Finnland	55
Griechenland	123	Bulgarien	54
Belgien	117	Ungarn	54
Spanien	99	Luxemburg	48
Frankreich	95	Rumänien	47
Polen	95	Slowenien	46
Portugal	84	Irland	42
Deutschland	76	Slowakei	41
Vereinigtes Königreich	76	Dänemark	37
Niederlande	71	Malta	36
Österreich	65	Litauen	36
Tschechien	65	Estland	36
Schweden	60	Lettland	23
Zypern	59		

Quelle: Europäische Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwvd 2 - Fotb: fotodesign-jegg - fotolia.com

Insgesamt
1.775
Verstöße

fällt als bei Waren. Während die Preisunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten bei Waren geringer geworden sind, ist für Dienstleistungen sogar ein leicht steigender Trend zu beobachten.

Dass es in puncto Binnenmarkt noch einiges zu tun gibt, zeigt auch ein Blick auf die von der EU-Kommission eingeleiteten Verfahren zur Vertragsverletzung. Wenn ein Land gegen seine Verpflichtungen aus dem Unionsrecht verstößt, kann die Kommission nämlich ein solches Verfahren eröffnen. Insgesamt waren Ende des Jahres 2011 noch 1.775 Vertragsverletzungsverfahren offen (Grafik).


Größter Sünder gegen das Unionsrecht war Italien mit 135 noch offenen Verfahren, gefolgt von Griechenland mit 123 und Belgien mit 117. Deutschland lag mit 76 Verfahren im oberen Drittel. Die drei baltischen Staaten sind die rechtstreuesten EU-Mitglieder.

Mehr als die Hälfte aller Verfahren haben Auswirkungen auf den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – sind also binnenmarktrelevant.

Ein Vertragsverletzungsverfahren beginnt in der Regel mit einem Mahnschreiben der Kommission an das betreffende Mitglied und kann bis zu einer Klage vor dem Gerichtshof der EU gehen. Ergreifen die Mitgliedsstaaten nicht die erforderlichen Maßnahmen, um dem Urteil nachzukommen, kann der Gerichtshof in einem zweiten Verfahren eine Geldstrafe verhängen.

Im Jahr 2011 geschah das zwei Mal: Italien war einem Urteil zur Rückforderung von rechtswidrigen Beihilfen nicht nachgekommen und musste 30 Millionen Euro zahlen. Griechenland hatte eine Richtlinie über die Entschädigung der Opfer von Straftaten nicht fristgerecht umgesetzt und wurde zur Zahlung von 3 Millionen Euro verurteilt.

Unternehmen müssen sich wappnen

Klimawandel. Jedes siebte deutsche Unternehmen klagt bereits heute über negative Folgen der Klimaveränderung – bis 2030 werden immer mehr Betriebe von höheren Temperaturen, stärkeren Stürmen sowie häufigerem und extremerem Hochwasser betroffen sein. Um sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, müssen die Firmen die nötigen finanziellen und personellen Kapazitäten bereitstellen. 

Der internationale Klimagipfel in Doha Ende vergangenen Jahres hat nur einen Minimalkompromiss zustande gebracht – zu wenig jedenfalls, um die sich abzeichnenden dauerhaften Klimaveränderungen zu begrenzen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat gut 1.000 deutsche Unternehmen gefragt, in welchem Maße sie sich vom Klimawandel betroffen fühlen und wie sie ihre Anpassungsmöglichkeiten einschätzen.

- **Relevanz des Klimawandels.** Veränderungen des Klimas können Unternehmen direkt treffen – etwa wenn vermehrt sommerliche Hitzeperioden die Klimatisierung der Werkhallen verteuern oder häufigere Hochwasser den Gütertransport per Schiff im Inland erschweren. Die

Firmen halten solche Risiken für zunehmend relevant:

Im Jahr 2011 sahen sich lediglich 15 Prozent der befragten Unternehmen direkt vom Klimawandel negativ betroffen – für 2030 erwarten dies jedoch fast 29 Prozent.

Besonders stark dürften sich die Klimaveränderungen dann auf die Betriebe der Metallbranche, der Bauwirtschaft und des Logistiksektors auswirken.

Darüber hinaus hat der Klimawandel auch indirekte Folgen für die Wirtschaft. Staatliche Verordnungen zum Klimaschutz wie das Emissionshandelsgesetz können die Produktionskosten in die Höhe treiben. Bereits heute sehen sich 24 Prozent der Unternehmen von solchen Regulierungen negativ betroffen – im

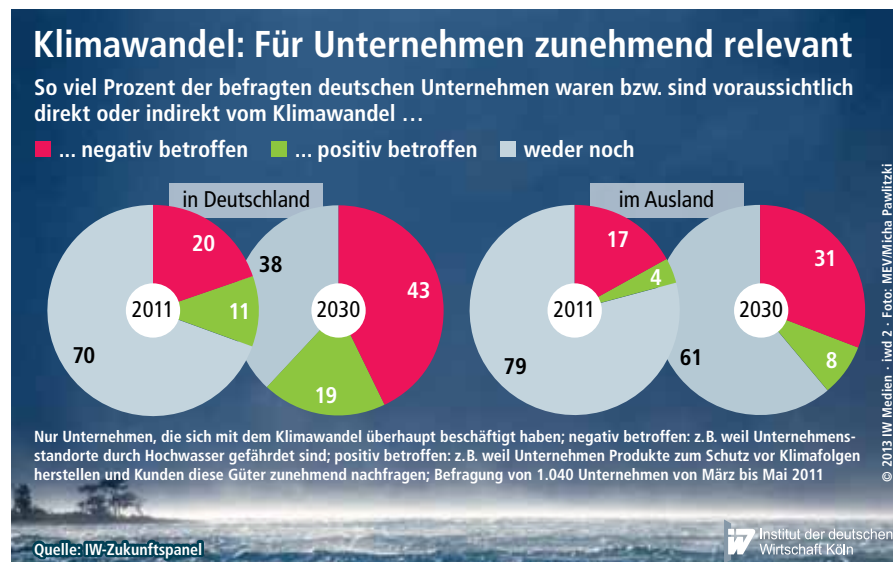
Jahr 2030 werden es voraussichtlich sogar fast 36 Prozent sein.


Allerdings bietet der Klimawandel den Betrieben auch Chancen – vor allem dann, wenn sie Güter herstellen, die (besser) vor den Folgen von Hitze, Stürmen und ähnlichen Klimaextremen schützen. Gerade die Firmen der Elektroindustrie, des Fahrzeug- und des Maschinenbaus sowie der Bauwirtschaft rechnen mit positiven Geschäftsimpulsen. Insgesamt registrierten zuletzt bereits rund 18 Prozent der Unternehmen solche vorteilhaften Auswirkungen durch Klimaveränderungen – für 2030 erwartet sogar ein Viertel entsprechende Effekte.

Alles in allem werden die klimatischen Veränderungen künftig immer bedeutsamer (Grafik):

Waren im Jahr 2011 erst 20 Prozent der Unternehmen vom Klimawandel an ihren heimischen Standorten direkt oder indirekt negativ und 11 Prozent positiv betroffen, steigen diese Anteile bis 2030 auf 43 bzw. 19 Prozent.

- **Anpassungsmöglichkeiten.** Um mit den negativen Folgen des Klimawandels fertigzuwerden, müssen die Unternehmen reagieren – indem sie beispielsweise in Hitzeschutzmaß-



 **IW-Analysen Nr. 83**

Mahammad Mahammadzadeh, Esther Chrischilles, Hendrik Biebler: **Klimaanpassung in Unternehmen und Kommunen – Betroffenheiten, Verletzlichkeiten und Anpassungsbedarf**, Köln 2013, 186 Seiten, 26,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

nahmen investieren oder den Versicherungsschutz gegen Sturmschäden erhöhen. Für all dies müssen jedoch ausreichend Ressourcen vorhanden sein. In puncto notwendigen Wissens und technologischer Kompetenz sind die vom IW Köln befragten Firmen recht optimistisch (Grafik). Doch es gibt auch Probleme:

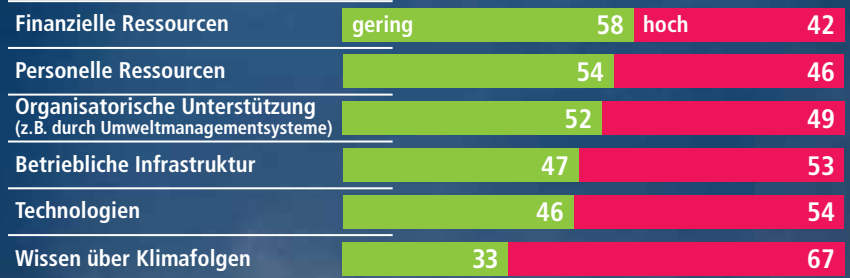
Fast sechs von zehn Unternehmen halten ihre finanziellen Ressourcen, die zur Anpassung an den Klimawandel nötig wären, für gering.

Auch fehlt es in gut jedem zweiten Unternehmen an Personal, das sich um solche Anpassungsmaßnahmen kümmert.

Da jedoch die Folgen des Klimawandels für die Unternehmen derzeit noch sehr begrenzt sind, reichen die Kapazitäten in allen Branchen

Klimawandel: Zur Anpassung fehlt häufig das Geld

So viel Prozent der Unternehmen, die sich an den Klimawandel anpassen müssen, schätzen ihre dazu erforderlichen Kapazitäten wie folgt ein



Nur Unternehmen, die sich mit dem Klimawandel überhaupt beschäftigt haben
Befragung von 1.040 Unternehmen von März bis Mai 2011

Quelle: IW-Zukunftspanel

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 2 - Foto: MEV/Micha Pawlitzki

momentan unterm Strich aus, um notwendige Anpassungen vorzunehmen. Allerdings müssen die Firmen künftig mehr Ressourcen bereitstellen, sonst könnte es im Jahr 2030 anders aussehen. Kritisch würde die

Situation dann vor allem in der Logistikbranche, aber auch anderen Industriesparten wie der Energie- und Wasserversorgung könnte es schwerfallen, den Klimawandel zu meistern.

Noch ein Strompreistreiber

Emissionshandel. Ab 2013 werden im Emissionsrechtehandel der Europäischen Union (EU) immer mehr Kohlendioxid-Zertifikate versteigert statt kostenlos ausgegeben. Die Industrieunternehmen haben dadurch im weltweiten Wettbewerb einen Nachteil gegenüber Firmen außerhalb der EU, die diese Zusatzbelastung nicht tragen müssen. Deswegen bekommen besonders CO₂-effiziente Unternehmen den größten Teil ihrer Emissionsrechte weiterhin kostenlos, alle weniger klimafreundlichen Produzenten müssen zahlen.

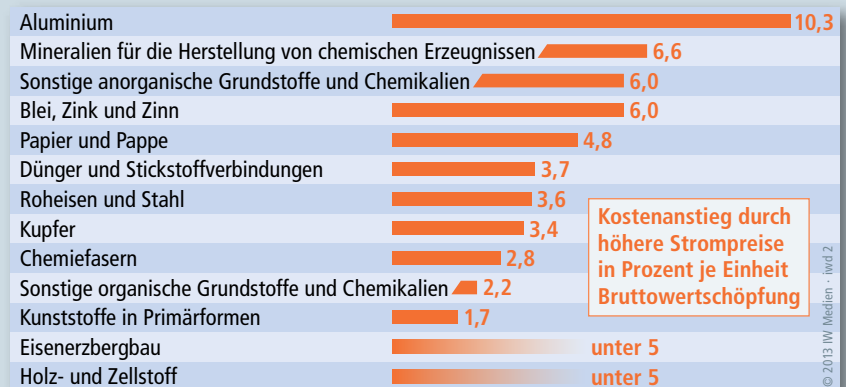
Bei alledem wird allerdings nicht berücksichtigt, dass die Versteigerung von CO₂-Zertifikaten auch den Strom verteuert. Denn die europäischen Stromerzeuger stehen nicht im internationalen Wettbewerb und können ihre Mehrbelastung deshalb relativ leicht auf ihre Kunden überwälzen. In manchen Branchen erhöhen sich allein dadurch die Produktionskosten um mehr als 5 Prozent, schätzt die EU-Kommission. Besonders betroffen sind die Aluminiumerzeuger (Grafik).

Auch für diesen indirekten Kosteneffekt hat die EU einen Ausgleichsmodus parat: Zunächst sollen den im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen 85 Prozent jener emissionshandelsbedingten Stromkosten erstattet werden, die bei einer besonders effizienten Produktions-

weise entstehen. Dieser Anteil sinkt bis 2019 auf 75 Prozent. Alles, was darüber hinausgeht, bleibt als Kostenbelastung bestehen. Die deutschen Unternehmen müssen 2013 zudem in Vorleistung treten, denn die Erstattung wird erst im Jahr 2014 ausgezahlt.

Europäische Industrie: Emissionshandel treibt Kosten

Die Produktionskosten der folgenden im internationalen Wettbewerb stehenden Branchen in Europa erhöhen sich nicht nur direkt durch den Emissionsrechtehandel, sondern auch indirekt, und zwar dadurch, dass Strom teurer wird



Kostenanstieg durch höhere Strompreise in Prozent je Einheit Bruttowertschöpfung

Kunststoffe in Primärformen sowie Holz- und Zellstoff: nur Teilbereiche der Branche
Quelle: EU-Kommission

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 2

Eine Branche mit Zukunft

Gesundheitswirtschaft. Einerseits wird die demografische Entwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung zu höheren Kosten führen. Andererseits entstehen in der Gesundheitswirtschaft neue Jobs – für Akademiker ebenso wie für im Beruf ausgebildete Fachkräfte. **i**

Die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) konnten in den vergangenen Jahren eigentlich nur eine Richtung – nach oben. Damit stand die Frage nach der Kostendämpfung im Gesundheitswesen weit oben auf der politischen Agenda. Zuletzt allerdings hat sich die Situation der Kassen so weit entspannt, dass sogar die Praxisgebühr abgeschafft werden konnte.

Mittel- bis langfristig dürfte es wieder enger werden. Denn aufgrund der demografischen Entwicklung drohen die Ausgaben der Krankenversicherung in den nächsten Jahrzehnten aus dem Ruder zu laufen – und die Einnahmen sinken, so eine Modellrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Die Ausgabenseite

Die Krankenkassen müssen im Jahr 2060 allein aus demografischen Gründen pro Kopf voraussichtlich 20 bis 30 Prozent mehr für ihre Schäfchen berappen als heute. Wohl gemerkt: Kostensteigerungen und medizinischer Fortschritt sind dabei nicht einmal eingerechnet (Grafik).

Verantwortlich für diese Entwicklung ist der höhere Anteil älterer Kassenmitglieder, die typischerweise auch höhere Ausgaben verursachen. Denn ob Kreislauf oder Rücken, zahlreiche behandlungsintensive Leiden treten erst in der zweiten Lebenshälfte auf.

Insgesamt wird die gesetzliche Krankenversicherung in Zukunft aber finanziell nicht so beansprucht

werden, wie es die Pro-Kopf-Betrachtung suggeriert:

Weil die Bevölkerung schrumpft, sinken ab 2050 auch die Gesamtausgaben der Krankenkassen – sie liegen 2060 nur noch rund 10 Prozent über dem heutigen Niveau.

Die Einnahmenseite

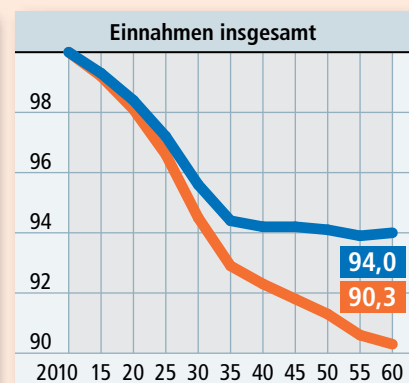
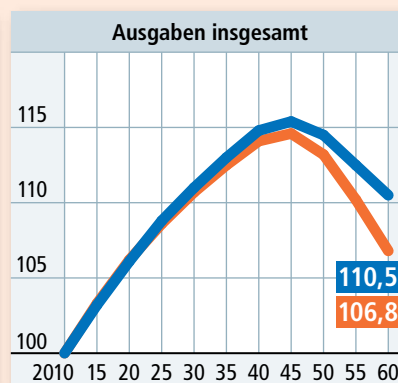
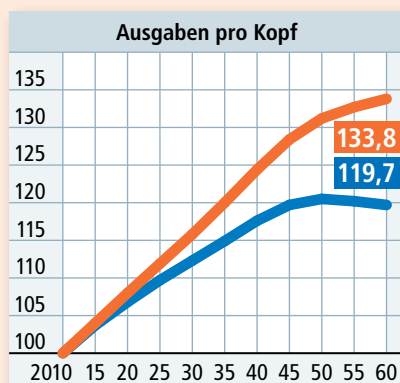
Ungemach droht der beitragsfinanzierten GKV auch auf der Einnahmenseite. Insbesondere um 2030 herum gehen die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand. Die Senioren zahlen dann den Beitrag nur noch als Anteil vom Altersruhegeld. Doch gesetzliche Rente plus betriebliche und private Vorsorge fallen in der Regel niedriger aus als das Monatsgehalt. Das hat zur Folge, dass mit einem steigenden Rentneranteil die Krankenkassen bei unveränderten Finanzierungsbedingungen immer weniger einnehmen:

Gesetzliche Krankenversicherung: Teurer demografischer Wandel

Modellrechnung für die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung, wobei unterstellt wird, dass die gesetzlich Versicherten im Durchschnitt so altern wie die Gesamtbevölkerung

- Relativ **junge** Bevölkerung: Geburtenrate steigt ab 2025 von 1,4 auf 1,6 Kinder pro Frau, ab 2020 jährlich Zuwanderung von 200.000 Menschen
- Relativ **alte** Bevölkerung: Geburtenrate sinkt bis 2060 auf 1,2 Kinder pro Frau, ab 2014 jährlich Zuwanderung von 100.000 Menschen

2010 = 100



Mit den Versicherten des Jahres 2030 würden bei unveränderten Löhnen und unveränderter Erwerbsbeteiligung nur 95 Prozent der heutigen Beitragseinnahmen erzielt, mit denen des Jahres 2060 sogar nur 90 bis höchstens 94 Prozent.

Allerdings ist in diesen Berechnungen nicht berücksichtigt, dass die folgenden Generationen möglicherweise vermehrt arbeiten und höhere Einkommen erwirtschaften. Gerade die wachsende Gesundheitswirtschaft bringt auch neue Jobs und Einkommen mit sich – und damit zusätzliche Kasseneinnahmen:

- Bereits heute arbeitet fast jeder siebte Erwerbstätige im Bereich der pflegerischen und medizinischen Versorgung sowie in der Produktion von Medikamenten und medizintechnischen Geräten.
- Mehr als 10 Prozent der Bruttowertschöpfung in Deutschland trägt die Gesundheitswirtschaft bei – Tendenz steigend.

Dabei entpuppt sich nicht nur die alternde Bevölkerung als Wachstumstreiber. Auch die Pharmaindustrie und die Medizintechnik sind hochinnovativ und exportstark, generieren also Jobs und Einkommen:

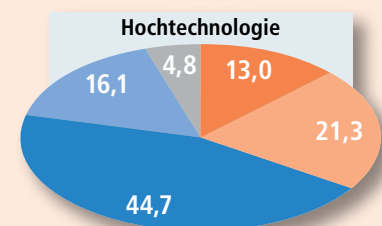
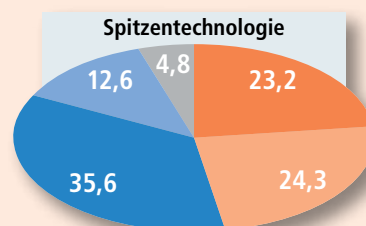
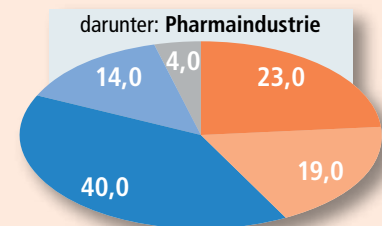
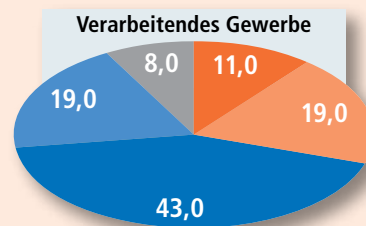
Forschungsstärke. Branchen, die mindestens jeden 12. Umsatzeuro für die eigene Forschung ausgeben, gehören zur Spitzentechnologie. Die Pharmaunternehmen gaben im Jahr 2009 sogar jeden 11. Euro für die haus eigene Forschung aus. Auch in der Medizintechnik geht ein ähnlich hoher Anteil des Umsatzes in die Forschung. Zum Vergleich: Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt landete lediglich jeder 25. Euro in den Forschungsabteilungen der Firmen.

Und gerade Deutschland ist auf starke Spitzentechnologiesektoren angewiesen – nur mit innovativen

Pharmazeutische Industrie: Viele Jobs für Fachkräfte

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Jahr 2011 in Prozent

Arbeiter in leitender Stellung Herausgehobene Fachkräfte Fachkräfte Angelernte Arbeitnehmer Ungelernte Arbeitnehmer



Spitzentechnologie: Sektoren, deren Aufwendungen für die haus eigene Forschung und Entwicklung (FuE) mindestens 8,5 Prozent des Umsatzes betragen; Hochtechnologie: Sektoren, deren Aufwendungen für die haus eigene FuE weniger als 8,5 Prozent, aber mehr als 3,5 Prozent des Umsatzes betragen
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw2

Produkten und Dienstleistungen kann sich ein rohstoffarmes Land im internationalen Wettbewerb auch mittel- bis langfristig behaupten.

Stabilitätsanker. In der Vergangenheit zeigte sich gerade die Pharmaindustrie auch in Krisenzeiten als sehr robust. Selbst im Rezessionsjahr 2009 schrumpfte ihre Bruttowertschöpfung um weniger als 7 Prozent. Im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes dagegen brach der Wert der produzierten Güter und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen um rund 20 Prozent ein.

Jobmotor. Von einer wachsenden Pharmaindustrie profitieren nicht nur Akademiker. Im Vergleich zu anderen hochinnovativen Branchen ist der Anteil der Kräfte mit beruflicher Ausbildung im Pharmasektor fast so hoch wie im gesamten Verarbeitenden Gewerbe (Grafik).

Exportstärke. Pharmaunternehmen sind besonders exportorientiert – fast drei Viertel ihres Umsatzes erwirtschafteten sie 2011 außerhalb Deutschlands. In der Medizintechnik

liegt die Exportquote bei zwei Dritteln, im Verarbeitenden Gewerbe bei insgesamt knapp 50 Prozent.

Damit wird – anders als oft behauptet – der überwiegende Teil des Umsatzes mit Medikamenten eben nicht über das deutsche Gesundheitssystem finanziert, sondern über Kunden und Unternehmen aus dem Ausland, die so in Deutschland Arbeitsplätze sichern und schaffen.

Die demografische Entwicklung wird also nicht nur zu steigenden Kosten für die GKV-Versicherten führen, sondern mittelbar über das Wachstum der Gesundheitswirtschaft auch die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme stützen.



IW-Studie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.):
 Wirtschaftswachstum?! Warum wir wachsen sollten und warum wir wachsen können, Köln 2012, 286 Seiten, 42,00 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Weitere Informationen:
www.w-wie-wachstum.de

Eine Chance für Behinderte

Arbeitsmarkt. Wenn in den kommenden Jahren die Babyboomer in Rente gehen, wird der Bedarf an Arbeitskräften steigen. Um alle Potenziale auszuschöpfen, sollten Unternehmen auch auf Arbeitskräfte mit Handicap setzen.

Im Jahr 2011 lebten in Deutschland 3,2 Millionen Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Schwerbehinderung – das sind Personen mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50 auf der Skala von 20 bis 100. Zählt man die geringeren Formen hinzu, hatte laut Mikrozensus 2009 fast jeder neunte Deutsche eine Behinderung.

Dieses enorme Potenzial an Arbeitskräften wird in Zeiten des demografischen Wandels immer wichtiger. Zumal es für behinderte Menschen heute kaum noch ein Problem ist, am Arbeitsleben teilzunehmen – vorausgesetzt, man bietet ihnen Unterstützungen wie das sogenannte barrierefreie Arbeiten.

Adressaufkleber

Behinderte gut ausgebildet

im Jahr 2009 in Prozent

30 bis unter 45 Jahre	Menschen mit Behinderung	Nicht-behinderte	45 bis unter 65 Jahre	Menschen mit Behinderung	Nicht-behinderte
(Fach-)Hochschulabschluss	7,4	19,4	(Fach-)Hochschulabschluss	8,8	16,5
Fachschulabschluss, z. B. Meister	5,9	8,9	Fachschulabschluss, z. B. Meister	8,5	10,1
Beruflicher Abschluss	58,7	58,0	Beruflicher Abschluss	61,9	59,6
Ohne Abschluss	27,6	13,5	Ohne Abschluss	20,4	13,6

Rest zu 100: ohne Angabe bzw. in Ausbildung; Menschen mit Behinderung: anerkannter Grad der Behinderung von 20 oder mehr; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 2

Nach wie vor geht allerdings nur etwa die Hälfte der Menschen mit Behinderung einer regelmäßigen Arbeit nach:

Rund 47 Prozent der Frauen und 56 Prozent der Männer mit Behinderung im Alter von 15 bis 64 Jahren waren 2009 erwerbstätig.

Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller Erwerbspersonen lag diese Quote mit rund 74 Prozent bei den Frauen und 85 Prozent bei den Männern deutlich höher.

Die relativ großen Unterschiede bei den Erwerbsquoten sind umso unverständlicher, als Menschen mit Behinderung beruflich genauso gut qualifiziert sind wie Nichtbehinderte: So hatten 2009 mehr als 64 Prozent der behinderten 30- bis 45-Jährigen einen beruflichen Abschluss. Bei Personen ohne Behinderung

waren es 67 Prozent. In der Altersklasse der 45- bis 65-Jährigen besteht überhaupt kein Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Behinderung (Grafik).

Eine große Kluft gibt es allerdings bei der akademischen Bildung. Im Jahr 2009 hatten lediglich 7 Prozent der jüngeren Menschen mit Behinderung einen Hochschulabschluss – bei den Nichtbehinderten dieser Altersklasse waren es 19 Prozent.

Alles in allem ist die Entwicklung jedoch positiv: Der Anteil von Menschen mit Behinderung ohne jeden Abschluss sank über alle Altersklassen hinweg zwischen 2005 und 2009 um 2 Prozentpunkte.

Weitere Infos erhalten Unternehmen hier:
www.kompetenzzentrum-fachkraefte-sicherung.de oder www.talentplus.de

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/ Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.